

Bericht zur Sitzung des Gemeinderates am 15. Juni 2015

Nur über Tagesordnungspunkte, in denen es ausschließlich um Baumaßnahmen in der Gemeinde ging, hatte der Elztaler Gemeinderat in seiner Juni-Sitzung zu befinden. Der Gemeinderat ermächtigte die Verwaltung, die Metall- und Verglasungsarbeiten beim Umbau und der Sanierung des Feuerwehrgerätehaus Dallau an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Die Kostenberechnung des Architekturbüros Haberkorn, Obrigheim lag bei 113.000 Euro (brutto).

Zugestimmt wurde auch der Vergabe der Tiefbauarbeiten für die Sanierung der Wasserversorgung in der Ortsdurchfahrt Muckental an die Firma Leonhard Weiss GmbH & Co. KG aus Bad Mergentheim als günstigste Bieterin mit der Angebotssumme von 41.769 Euro.

Zustimmung fanden auch die Vergabe der Rückbauarbeiten der Wasserversorgungsschächte für die Sanierung der Wasserversorgung in der Ortsdurchfahrt Muckental an die Stadtwerke Mosbach mit der Angebotsendsumme von 28.004 Euro sowie die Vergabe der Ingenieurleistungen für dasselbe Projekt an das Ingenieurbüro Walter + Partner, Adelsheim mit der Angebotsendsumme von 4.106 Euro (brutto).

Die Verwaltung wurde auch ermächtigt, die Metall- bzw. Stahlbauarbeiten beim Neubau einer Fußgängerbrücke über den Teichgraben im Ortsteil Muckental an den günstigsten Bieter zu vergeben. Die Berechnung des Ingenieurbüros Kist & Theilig, Mosbach lag bei 35.700 Euro (brutto).

Ebenso erhielt die Verwaltung die Ermächtigung, die Elektroarbeiten (EMSR-Technik) bei der Erweiterung und dem Umbau der Kläranlage Neckarburken, nach der sachlichen und rechnerischen Prüfung durch das Ingenieurbüro Mohn, Karlsruhe, an den günstigsten Bieter zu vergeben.

Dem beantragten Anbau an ein bestehendes Einfamilienhaus in der Mosbacher Straße in Neckarburken in Richtung Bundesstraße 27 stimmte der Gemeinderat ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung nicht zu und versagte sein Einvernehmen, weil sich dieser Anbau nicht in die Eigenart der näheren Umgebung im Sinne des § 34 BauGB einfüge, da die Grundstücksfläche, die mit dem geplanten Vorbau überbaut werden soll, weit über die westliche Gebäudeflucht der Nachbargrundstücke hinausragt und somit nicht in das Ortsbild passe. Die Verwaltung werde aber mit dem Grundstückseigentümer im Gespräch bleiben, um alternative Lösungsmöglichkeiten auszuloten.